

Stellungnahme am 20. April 2026

von Thorsten Polleit

Einleitung

In Deutschland werden klimapolitische Ziele gegenüber Wachstums- und Beschäftigungszielen priorisiert, mit ruinösen Folgen. Die Deutschen werden ärmer, relativ im internationalen Vergleich als auch absolut gesehen: Von 2022 bis 2025 ist ihr reales pro-Kopf-Einkommen um 1,6 Prozent geschrumpft. Die Verteuerung der Energie spielt dafür eine entscheidende Rolle. Bei der Betrachtung der heute hier zu kommentierenden Gesetzesvorschläge ist zu betonen: Der Energiepreisanstieg im Zuge des Iran-Krieges ist nicht der Grund für die beklagenswerte Energiekrise in Deutschland, sie ist nur ein Verstärker eines Problems, das in Brüssel und Berlin fabriziert wird.

Energiepolitische Irrfahrt beenden

Der Strompreis für Haushalte beträgt hierzulande 0,40 \$/kWh. Zum Vergleich: In den USA ist der Preis bei 0,18 \$/kWh, in Japan 0,23\$/kWh, in China und Indien 0,08 \$/kWh. Auch beim Industriestrom hat Deutschland einen gewaltigen Nachteil: Hierzulande sind 13 ct/kWh zu zahlen, in den USA 8 ct/kWh, in Kanada 9 ct/kWh, in China 8 ct/kWh. Die überzogen hohen Energiekosten in Deutschland sind ein Standortnachteil. Die Folge: Firmen wandern ab, produzieren im Ausland. Der Energieverbrauch sinkt in Deutschland, steigt in anderen Regionen der Welt. Klimapolitisch ist nichts gewonnen.

Entlastung mit Ausgabenkürzungen verbinden

Jede anvisierte Energiekostensenkung ist zu begrüßen. Die Maßnahmen müssen weitreichend und dauerhaft sein. Die Energiesteuern (des Bundes) beliefen sich in 2025 auf 37,6 Mrd. Euro. Ihre Absenkung fördert Wachstum und Beschäftigung. Sie muss durch Kürzungen bei Personalausgaben und laufenden Zuschüssen im Bundeshaushalt gegenfinanziert werden, um schädliche Haushaltsdefizite zu verhindern.

Pendlerpauschale rauf, Mehrwert- und Energiesteuern runter, CO₂-Abgabe weg

Folgende Entlastungsmaßnahmen lassen sich unverzüglich umsetzen und dürften unmittelbar positive Wirkung entfalten:

- Anhebung der Pendlerpauschale von einheitlich 0,38 € ab dem 1. Kilometer bringt eine zusätzliche Entlastung von schätzungsweise **1,1 Mrd. Euro**.
- Absenkung der Mehrwertsteuer auf Energie von 19 auf 7 Prozent könnte eine Entlastung von schätzungsweise **4½ Mrd. Euro** erbringen.
- Die Senkung der Energiesteuer für Kraftstoffe (um insgesamt 17 ct/Liter) würde eine Entlastung von **1,6 Mrd. Euro** erbringen.
- Absenkung der Stromsteuer für Konsumenten und Produzenten würde zu einer Entlastung von ca. **6 Mrd. Euro** führen.
- Abschaffung der CO₂-Abgabe hätte eine Entlastung für Konsumenten und Produzenten von ca. **16 Mrd. Euro**.

Zusammen ergibt sich aus diesen Positionen ein Entlastungspotential von (leider nur) ca. **29,2 Mrd. Euro** oder 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, das vollumfänglich ausgeschöpft, durch weitere Entlastungen (die über diesen Betrag hinausgehen) ergänzt werden sollte — damit es zu einem tatsächlich merklichen Impuls für Wachstum und Beschäftigung kommen kann. Die Maßnahmen sollten zudem dauerhaft umgesetzt werden.

Denn auch wenn sich das weltweite Energiepreisniveau wieder ermäßigt (davon kann man ausgehen), ist es geboten, den Energiekostennachteil für die deutsche Wirtschaft (mindestens) abzubauen.

Die Maßnahme einer „Übergewinnsteuer“ ist abzulehnen ...

Finanzminister Lars Klingbeil hat eine „Übergewinnsteuer“ für Energieanbieter gefordert. Doch ökonomisch ist das nicht überzeugend. Eine Übergewinnsteuer führt zu keiner direkten Entlastung der Konsumenten und Produzenten. Zudem ist das Konzept des „Übergewinns“ willkürlich, es entzieht sich der Objektivität. Die Erhebung von Übergewinnsteuern führt zu Rechtsunsicherheit, auch zu bürokratischen Mehrkosten. Der Energiesektor ist kapitalintensiv. Übergewinnsteuern würden die Kapitalkosten der Branche erhöhen, Investitionen entmutigen, das Energieangebot verknappen, die Energieversorgung der Bürger und Firmen noch weiter verschlechtern.

... genauso wie ein „Preisdeckel“ für Energie

Herr Klingbeil hat einen „Preisdeckel“ für Benzin und Diesel gefordert, also einen staatlich verordneten „Höchstpreis“. Das damit verbundene Problem ist in der Ökonomik gut bekannt. Liegt der Höchstpreis (mit, sagen wir, 4 Euro pro Liter Benzin) über dem markträumenden Preis (von derzeit 2,40 Euro pro Liter Benzin), ist er verzichtbar. Liegt er hingegen unter dem markträumenden Preis (sagen wir, bei 1,20 Euro pro Liter), wird die Nachfrage das Angebot übersteigen. Dann geschieht das Folgende: Die ersten bekommen noch Benzin, alle anderen gehen leer aus. Oder: Das verknappte Angebot muss zugeteilt werden: beispielsweise 5 Liter Benzin pro Tag und Kopf. Damit verbunden: Schwarzmarkt, Korruption, Vetternwirtschaft, Kriminalität. Deshalb: Ein Preisdeckel für Energie ist abzulehnen, weil sinnlos, kontraproduktiv.

Plädoyer für Wohlstand und Freiheit

Die deutsche Energiepolitik muss korrigiert, Wachstums- und Beschäftigungsziele wieder vor klimapolitische Wunschvorstellungen gestellt werden. Ein freier Markt, eine ungehinderte Preisbildung für Energie ist der wirkungsvollste Weg, um das Knappheitsproblem im Energiemarkt zu lösen. Zudem sollte das Energieangebot erhöht werden — durch einen Wiedereinstieg in die Atomenergie, die Wiederaufnahme von Energieimporten aus Russland. Es braucht eine Renaissance der Freiheit für Konsumenten und Produzenten in Deutschland, den Rückbau des Staates, damit Wohlstand erhalten, die Herausforderung einer überalternden Gesellschaft bewältigt werden können.

London, 19. April 2026
